

Rechtsgrundlagen

Für die 1. Änderung des Bebauungsplanes HN 144 A „Hafen Süd-Ost“ gelten:

- das Baugesetzbuch (BauGB) vom 27. August 1997, zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Juli 2001
- die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung – BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Januar 1990, zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. April 1993

§ 1

Geltungsbereich

Der Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes HN 144 A erstreckt sich über das gesamte Gebiet dieses Bebauungsplanes (siehe Übersichtsplan, Seite 1).

§ 2

Bestehende Festsetzungen

Alle Festsetzungen des Bebauungsplanes HN 144 A bleiben erhalten, soweit sie durch § 3 nicht berührt werden.

§ 3

Zulässigkeit von Handelsnutzungen

In den Industriegebieten ist Einzelhandel nicht zulässig. Der Verkauf an Endverbraucher kann ausnahmsweise zugelassen werden, wenn er nach Art und Umfang in eindeutigem Zusammenhang mit der Produktion, der Ver- und Bearbeitung von Gütern einschließlich Reparatur- und Serviceleistungen der Betriebsstätte steht.

(Ausschluß gem. § 1 Abs. 9 BauNVO)

Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschafts-
katasters und weist die städtebaulich bedeutsamen Anla-
gen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach
(Stand vom). Sie ist hinsichtlich der Dar-
stellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geome-
trisch einwandfrei.
Die neuzubildenden Grenzen lassen sich einwandfrei in die
Örtlichkeit übertragen.


Hildesheim, den
Bereich Vermessung und Geodaten
.....

Für die Ausarbeitung des Planentwurfs.

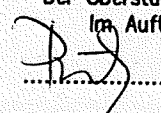
Hildesheim, den 03.09.01.....

Fachbereich Stadtplanung und Stadtentwicklung
gez. Pülz.....

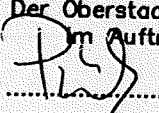
Die Aufstellung dieses Bebauungsplanes wurde gem. § 2
Abs. 1 BauGB (neueste Fassung) vom Verwaltungsaus-
schuss der Stadt in seiner Sitzung am 11.06.01..... beschlos-
sen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 23.06.01..... in
der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekannt gemacht. Die
Unterrichtung und Erörterung gem. § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte
vom 25.06.01..... bis 20.07.01..... Gleichzeitig bestand all-
gemein Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.

Hildesheim, den 26.07.01.....
Der Oberstadtdirektor
Im Auftrage


Dem Entwurf mit Begründung zur Aufstellung dieses Bebau-
ungsplanes hat der Verwaltungsausschuss der Stadt Hildes-
heim gem. § 2 BauGB (neueste Fassung) in der Sitzung
am 24.09.01..... zugestimmt und die öffentl. Auslegung
gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.

Hildesheim, den 25.09.01.....
Der Oberstadtdirektor
Im Auftrage


Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat
gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) in der Zeit vom
05.10.01..... bis 05.11.01..... zu jedermanns
Einsicht öffentlich ausgelegt.
Die Auslegung ist am 26.09.01..... mit dem Hinweis
auf die Möglichkeit zur Vorbringung von Anregungen während
der Auslegungsfrist in der Hildesheimer Allgemeinen
Zeitung bekanntgemacht worden.

Hildesheim, den 08.11.01.....
Der Oberstadtdirektor
Im Auftrage


Der Entwurf dieses Bebauungsplanes wurde aufgrund der
gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) vorgebrachten
Anregungen gem. § 3 Abs. 3 Satz 3 BauGB geändert.
Der Verwaltungsausschuss der Stadt Hildesheim hat in der
Sitzung am der Änderung zuge-
stimmt.


Hildesheim, den
Der Oberstadtdirektor
Im Auftrage
.....

Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 BauGB (neueste
Fassung) und der Niedersächsischen Gemeindeordnung
(neueste Fassung) vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sit-
zung vom 10.12.01..... als Satzung beschlossen.
Die Begründung ist gem. § 9 Abs. 8 BauGB beigelegt, ihr
wurde zugestimmt.

Hildesheim, den 11.12.01.....

Oberbürgermeister Oberstadtdirektor

Der Beschluss des Bebauungsplanes ist gem. § 10 Abs. 3 BauGB
(neueste Fassung) am 19.12.01..... im Amtsblatt für den
Landkreis Hildesheim bekannt gemacht worden. Der Bebauungs-
plan ist damit am 19.12.01..... rechtsverbindlich geworden
und liegt zu jedermanns Einsicht bereit.

Hildesheim, den 20.12.01.....
Der Oberstadtdirektor
Im Auftrage


Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungs-
planes ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvor-
schriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes
nicht geltend gemacht worden.

Hildesheim, den 19.12.2002.....
Der Oberstadtdirektor
Im Auftrage
.....gez. Kraaz.....

Innerhalb von 7 Jahren nach Inkrafttreten des Bebauungs-
planes sind Mängel der Abwägung nicht geltend gemacht
worden.

Hildesheim, den 22.12.2008.....
Der Oberstadtdirektor
Im Auftrage
.....gez. Kraaz.....